

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Was vermögen Steuern? Neue wissenschaftliche Befunde zu Vermögens- und Erbschaftssteuern

Der Wahlkampf für die Nationalratswahlen ist in seine heiße Phase eingetreten. Ob und welche Steuern gesenkt bzw. welche neuen Steuern zur Finanzierung von Ausgaben eingeführt werden sollen, ist dabei ein heiß diskutiertes Thema zwischen den Parteien. Besonders umstritten ist die Einführung von Vermögens- bzw. Erbschaftssteuern. Die Debatte und die dabei verwendeten Argumente sind dabei über weite Strecken ideologisch geprägt.

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz nutzt diese Gelegenheit, um auf der Grundlage neuer Daten evidenzbasierte wissenschaftliche Perspektiven in die aufgeheizte öffentliche Debatte einzubringen und damit auch eine stärker sachlich geleitete Orientierung anzustoßen. Dabei geht es auch darum, was solche Steuern vermögen, um die doch beträchtlichen Herausforderungen, vor denen die österreichische Gesellschaft in den kommenden Jahren steht, in sozial gerechter Weise bewältigen zu können.

Inputs:

[Jakob Kapeller](#) (Universität Duisburg-Essen und Johannes Kepler Universität Linz):
"Vermögensbesteuerung als Option: Ein Blick auf die Datenlage"

[Franziska Disselbacher](#) (WU Wien und London School of Economics): „**Vererben und Erben in Österreich: Lehren für die Erbschaftbesteuerung**“

Moderation: Manfred Krenn (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Jakob Kapeller

Vermögensbesteuerung als Option: Ein Blick auf die Datenlage

Seit der Einführung des Eurosystem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) durch die Europäische Zentralbank vor einem knappen Jahrzehnt liegen erstmals standardisierte, europaweit verfügbare Befragungsdaten zu privatem Vermögen vor.

Der Input von Prof. Kapeller nutzt Daten der vierten Welle dieses Survey um die Vermögensverteilung in Österreich detailliert zu analysieren. Dazu werden zentrale deskriptive Merkmale des Datensatzes dargestellt, und mögliche Schwächen, insbesondere fehlende Beobachtungen für die allerreichsten Haushalte, diskutiert. Auf dieser Basis werden die HFCS-Daten mit der trend-Reichstenliste 2021 erweitert um mit Hilfe des statistischen Verfahrens einer Rangkorrektur die Spitze der Verteilung genauer zu untersuchen.

Mit einem solcherart erweiterten Datensatz wird eine Pareto-Verteilung ersten Typs geschätzt, um die bestehenden Daten am oberen Rand zu adaptieren. Diese Adaptierung erhöht das geschätzte Gesamtvermögen der österreichischen Haushalte von 1.191 Milliarden Euro auf 1.782 Milliarden Euro -- dies bedeutet, dass das geschätzte durchschnittliche Vermögen von 293.000 Euro auf 438.000 Euro ansteigt.

Der Anteil des reichsten Prozent am Gesamtvermögen beträgt demnach 41 Prozent des gesamten Vermögens (nach Datenadaptierung; 16 Prozent in den Originaldaten), während die oberen 5% ca. 57% und oberen 10% ca. 67% des gesamten Vermögens halten. Die unteren 50% besitzen hingegen nur etwa 3% des gesamten privaten Vermögens.

Mit Hilfe der so adaptierten Daten werden unterschiedliche Vermögenssteuermodelle geschätzt, wobei auch mögliche Ausweicheffekte Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Einführung einer allgemeinen Vermögensbesteuerung je nach Ausgestaltung zu zusätzlichen Steuereinnahmen zwischen 6 und 12 Mrd. € führt, wobei bei besonders progressiver Tarifgestaltung auch höhere Aufkommen denkbar wären.

Franziska Disslbacher

Vererben und Erben: Lehren für die Erbschaftsbesteuerung

Aufgrund demographischer Entwicklungen wird es in den nächsten Jahrzehnten zu einem massiven Anstieg des Erbvolumens kommen. Gleichzeitig wird das Erben oder Nicht-Erben zunehmend zur sozialen und ökonomischen Trennlinie, ganz abgesehen von den Nachfolger:innen dynastischer Vermögen in Höhe von mehreren (hundert) Millionen Euro. Auch aufgrund der steigenden gesamtwirtschaftlichen Bedeutung sind

Erbschaften als Besteuerungsbasis von immer größerem Interesse (siehe dazu Berichte der OECD und der Europäischen Kommission). Die Polarisierung zwischen Nicht-Erb:innen und Erb:innen verleiht der Besteuerung von Erbschaften zusätzliche wirtschaftspolitische Relevanz.

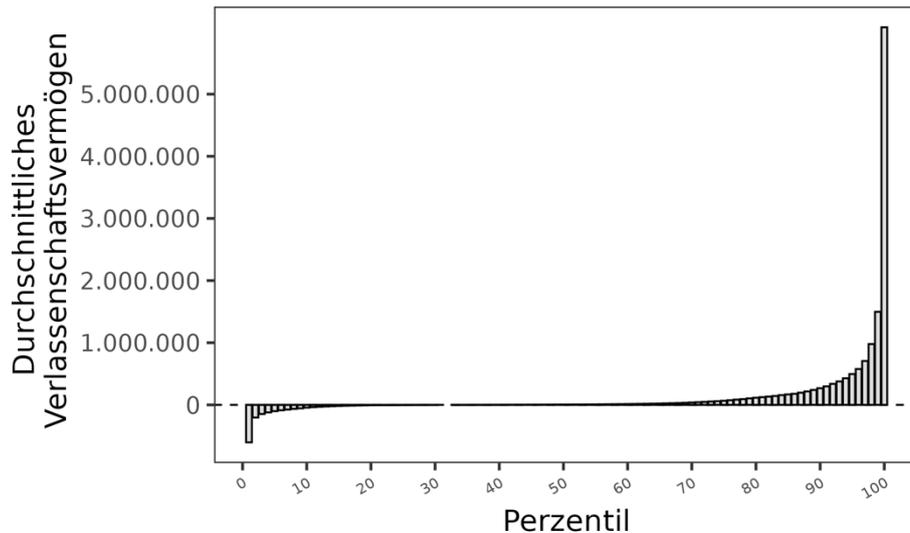
Empirische Befunde zum Volumen und zur Verteilung von Erbschaften sind aus diesen Gesichtspunkten ebenfalls unabdinglich. Statistiken über das Erbschaftsgeschehen in Österreich basieren bislang auf einer Haushaltsbefragung der Österreichischen Nationalbank, dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS). Studien suggerieren, dass das tatsächliche Erbvolumen in solchen Befragungsdaten um bis zu 80 % unterschätzt wird.

Eine andere Informationsquelle für Erbschaften sind Verwaltungsdaten. *Verwaltungsdaten zum Nachlass- und Erbschaftsvolumen gibt es in Österreich trotz fehlender Erbschaftssteuer.* Im Rahmen des **Verlassenschaftsverfahrens werden Vermögensübertragungen infolge von Todesfällen rechtlich** geordnet abgewickelt. Dabei wird auch die Rechtsnachfolge von Vermögenswerten, wie Immobilien und Finanzvermögen, geklärt. Im Zuge des Verfahrens wird die Vermögenssituation der Verstorbenen erfasst, wodurch Daten über die zum Todeszeitpunkt vorhandenen Vermögenswerte entstehen. Wenn Eigentümer:innen von Immobilien oder Unternehmen versterben oder der Saldo von Vermögen und Schulden (inklusive Kosten wie das Begräbnis) über der Bagatellgrenze von 5.000 Euro liegt, sind die dabei entstehenden Daten besonders detailreich.

Im Rahmen eines Projektes haben wir **Daten zum Nachlassvermögen und Erbschaftsgeschehen auf Basis von Wiener Verlassenschaftsakten erfasst und systematisiert.** Wenig überraschend ist die Konzentration von Nachlassvermögen und Erbschaften in Wien sehr hoch. Die größten Unterschiede zeigen sich am oberen Ende der Verteilung. In unserer geschichteten Stichprobe aus Wiener Verlassenschaftsverfahren entfallen rund 40 % des Verlassenschaftsvermögens auf das reichste Prozent der Verstorbenen.

Wenn man alle Verlassenschaftsfälle nach Vermögenshöhe ordnet, in hundert gleich große Gruppen einteilt und das durchschnittliche Vermögen pro Gruppe darstellt, ergibt sich die untenstehende Abbildung. Diese zeigt, dass die Hälfte der Verlassenschaften keine nennenswerten Vermögenswerte aufweist, während die durchschnittlichen Vermögen am oberen Ende der Verteilung mehrere Millionen Euro erreichen. Doch dieser Durchschnitt ist täuschend, da die Variation innerhalb des obersten Prozents besonders hoch ist. Entscheidend ist, dass dieses Muster nicht durch Altersunterschiede bedingt ist; alle Altersgruppen sind entlang der Nachlassverteilung ähnlich repräsentiert.

Zusätzlich zu neuen Daten zur Verteilung von Nachlassvermögen und Erbschaften, erstmals auf Basis hochqualitativer Administrativdaten, und deren Strukturen ist ein zentrales Fazit unserer Studie, dass der administrative Aufwand für die Erhebung einer Erbschaftssteuer im Verhältnis zum erzielten Steueraufkommen gering wäre. Mit dem bestehenden Verlassenschaftsverfahren liegt bereits eine administrative Grundlage vor, auf deren Basis Nachlässe und Erbschaften erfasst und bewertet werden. Eine Erbschaftssteuer könnte an dieses Verfahren gekoppelt werden.



Die empirische Evidenz zu den Effekten der Erbschaftssteuer unterstreicht deren Effizienz und suggeriert Prinzipien für die effektive Ausgestaltung. Steuerhinterziehung und Steuerumgehung sind keine Naturgesetze, daher zielen diese Prinzipien mitunter auf das Minimieren von Ausweich- und Umgehungsmöglichkeiten ab:

- **Einfachheit des Steuersystems:** Ein komplexes Steuersystem schafft Anreize zur Steuervermeidung. Ein transparentes und einfaches System mit klar definierten Freibeträgen und wenigen Ausnahmen vereinfacht die Steuererhebung und hält Vermeidungs- sowie Umgehungsmöglichkeiten gering.
- **Breite Bemessungsgrundlage:** Eine breite Bemessungsgrundlage, die keine Vermögensarten in ihrer Gesamtheit ausschließt, reduziert die Möglichkeiten zur Steuervermeidung und -umgehung.
- **Hinzurechnung von Schenkungen:** Die Hinzurechnung von vor dem Tod des Erblassers getätigten Schenkungen zielt darauf ab, die Umgehung der Erbschaftssteuer durch vorzeitige Vermögensübertragungen zu verhindern.
- **Progressive Steuersätze:** Ein progressives Steuersystem, bei dem höhere Erbschaften stärker besteuert werden, zielt darauf ab, die soziale Akzeptanz der Steuer zu erhöhen.
- **Möglichkeit der Steuerzahlung auf Raten:** Die Möglichkeit der Steuerzahlung auf Raten erlaubt Erb:innen illiquider Vermögenswerte die Bezahlung der Steuer über einen längeren Zeitraum in Raten ähnlich wie bei Krediten.
- **Kopplung an bestehende administrative Verfahren:** Indem die Erbschaftssteuer an bereits bestehende Verfahren wie das Verlassenschaftsverfahren gekoppelt wird, können administrative Kosten minimiert werden.
- **Personenbezogene Besteuerung:** Eine Erbschaftssteuer, die an den Wohnsitz oder die Staatsbürgerschaft der Erben gekoppelt ist und unabhängig vom rechtlichen Sitz des Vermögens erhoben wird, zielt darauf ab, weniger Umgehungsmöglichkeiten zu bieten als eine reine Besteuerung nach dem Inlandsprinzip. Personenbezogene Besteuerung, in Kombination mit einer Exit Tax (bei Wohnsitzverlagerung) und einer Fluchtsteuer (bei der Verlagerung von

Vermögenswerten in Drittstaaten), zielt darauf ab, Ausweichreaktionen zu minimieren.

Link zur Studie: Deutsch | Englisch

Über die Expert*innen

[Franziska Disslbacher](#) Franziska Disslbacher ist Assistenzprofessorin am [Forschungsinstitut Economics of Inequality](#) an der WU Wien und Visting Fellow am [International Inequalities Institute at the London School of Economics](#) sowie assoziiertes Mitglied des [Stone Center on Socio-Economic Inequality](#) at the CUNY Graduate Center of the City University of New York, wo sie auch Beiträge zum [GC Wealth Project](#) beisteuert.
Franziska.disslbacher@wu.ac.at

[Jakob Kapeller](#) ist Professor an der Universität Duisburg-Essen, Direktor des hiesigen Instituts für Sozioökonomie und wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz. Er arbeitet seit über einem Jahrzehnt an Fragen der Verteilung und Besteuerung von Vermögen.

Kontakt für Rückfragen

Manfred Krenn

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 677 620 44 303

E: krenn@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Helena Ott

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 33 145 16

E: ott@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an: <https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>

